

Zu den Artikeln „Weniger Geld für die Sozialarbeit“ und „Einschnitte für Gemeinden“ vom 4. März:

Dem Staat zurückgeben

Die Folgen der sinkenden Kirchensteuereinnahmen müssen alle Steuerzahlenden fürchten. Die klassischen von den Kirchen betriebenen sozialen Einrichtungen werden bereits vollständig oder zum Großteil aus allgemeinem Steuergeld und von den Krankenkassen bezahlt. Bei rückläufigen Kirchensteuereinnahmen ist zu befürchten, dass die Kirchen schon bald erneut Forderungen an die Politik stellen und wieder tief in die Taschen der Allgemeinheit greifen werden, um in ihrem Namen ruffördernde Leistungen zu erbringen, zu deren Übernahme wir uns als Staat bisher nicht durchringen wollen. Gleichzeitig haben die Kirchen die Gelegenheit, endlich selbstlos tätig zu werden. Als nach dem Staat größter Land- und Immobilienbesitzer in Deutschland sind sie auch milliarden schwere Immobilienkonzerne. Wenn die BEK nun 30 Prozent des Gebäudebestands verringern muss, sollte sie diese kostenfrei an die Gesellschaft zurückgeben, sodass bezahlbarer Wohnraum, städtische Kitas und andere gesamtgesellschaftlich benötigte Dinge entstehen können.

MAURICE MÄSCHIG, BREMEN

Aus für Telefon-Seelsorge?

Ich teile die Sorge von Pastor Henner Flügler im Hinblick auf die von der Kirche finanzierte soziale Arbeit. Dazu gehört die Arbeit der Telefon-Seelsorge Bremen. Sie wird aus Kirchensteuermitteln finanziert. 70 Ehrenamtliche, eineinhalb Hauptamtliche, 13.500 Seelsorgegespräche jährlich. Etwa 120.000 mal wird die Rufnummer in Bremen jedes Jahr gewählt. Ohne eine auskömmliche Finanzierung der Arbeit können die bundesweit einheitlichen Standards der Arbeit vor Ort nicht gehalten werden.

Die Konsequenz könnte sein: Die Stelle in Bremen müsste ihre Arbeit einstellen. Dass die Anrufe aus Bremen dann von anderen Stellen im bundesweiten Netzwerk der Telefon-Seelsorge übernommen werden, ist kein Selbstgänger. Dass andere Stellen solidarisch auf den Rückzug der Bremer reagieren würden, davon kann nicht selbstverständlich ausgegangen werden. Auch dass die Menschen in Bremen plötzlich kummer- und sorglos leben, auch das wird nicht passieren. Es könnte so sein, dass man mit seiner Not vor Ort keine Verbindung mehr zur Telefon-Seelsorge bekommt, wenn man die 0800/1110111 wählt.

PETER BROCKMANN, BREMEN,
LEITUNG TELEFON-SEELSORGE BREMEN

Klagen auf hohem Niveau

Jeder Friseur, jeder Gastwirt, jeder Künstler, jeder Taxifahrer muss wegen der Corona-Auswirkungen an seine Ersparnisse gehen, Altersvorsorgungen auflösen und Hypotheken aufnehmen, um über die Runden zu kommen, wenn das überhaupt möglich ist. Warum können Kirchen nicht ähnlich handeln und sich ihrer Rücklagen, einem bedeutendem Immobilienbesitz und sonstiger hoher Vermögenswerte bedienen? Dann wären Kürzungen für die Sozialarbeit kein Thema. Ich nenne das „Klagen auf hohem Niveau“!

KLAUS D. ENTELMANN, BREMEN

Zum Leserbrief „Warum nicht?“ vom 7. März:

Fakten verdreht

Da gehört schon eine Portion Unverfrorenheit dazu, der Landesarchäologin, dem Friedensforum und der Bürgerinitiative Oslebshausen den Vorwurf zu machen, dass das Leid der NS-Opfer nun gegen die Ansiedlung einer Bahnwerkstatt instrumentalisiert würde. Dagegen verfahren wir uns. Die Ansiedlung der Bahnwerkstatt ist ein streng geheim gehaltenes Projekt der Senatsressorts Häfen und Verkehr. Das Versprechen nach Entlastung des Ortsteils im Koalitionsvertrag kann von Anfang an nicht ernst gemeint gewesen sein, da bereits im August 2019 den Staatsräten Meyer und Cordfien die Pläne bekannt waren und sie diese billigten.

Als dieser Verstoß gegen alle Regeln der Transparenz und demokratischen Verfahren rufbar wurde, hat die Bürgerinitiative Argumente gegen die Bahnwerkstatt vorgetragen. Die Politik hat dies ignoriert und eine Entscheidung in die Hände privatwirtschaftlicher Unternehmen gegeben. Der „Russenfriedhof“ auf einem städtischen Grundstück und die dort bei der Exhumierung und Umbettung vergessenen mindestens 116 NS-Opfer sind ebenfalls auf jahrzehntelanges Desinteresse der Behörden und der Politik zurückzuführen. Wie geschichtsvergessen und pietätlos müssen staatliche Institutionen sein, um jetzt so ein Grundstück einem Bahnhersteller anzubieten? Als ehemaliger Landeschef der SPD Bremen sollte der Leserbriefschreiber dies reflektieren, statt andere für Versäumnisse der Vergangenheit verantwortlich zu machen.

DIETER WINGE, BREMEN,
MITGLIED DER BÜRGERINITIATIVE OSLEBSHAUSEN



Die Kirche Unser Lieben Frauen hat Obdachlosen unter anderem Schutz vor Kälte geboten. Wie es für Kirchengemeinden finanziell weitergeht, ist derzeit weitergeht.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Geschichte aufarbeiten

Am 21. August 1947 hatte der Bremer Senat die Einrichtung eines Ehrenfriedhofs für die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestatteten etwa 800 sowjetischen Kriegsgefangenen gefordert. Nur 446 Leichen wurden nach Bremen-Osterholz umgebettet. Befremdlich genug, dass die Differenz bis heute nicht aufgeklärt worden ist. Zumindest die vom Friedensforum und der Bürgerinitiative Oslebshausen ermittelten 116 NS-Opfer liegen immer noch im Erdreich am Bahndamm in Oslebshausen.

Wie ist es möglich, dass 80 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion eine solche Geschichtsvergessenheit um sich greifen konnte und den Rechtsnachfolgern von Profiteuren der NS-Herrschaft (Siemens, Alstom-Bombardier als Rechtsnachfolger von Linke-Hofmann-Busch) dieses Areal für ein Bahnbetriebswerk angeboten wird? Ein solcherart mit NS-Kriegsverbrechen belastetes Grundstück ist ungeeignet für eine gewerbliche Nutzung. Ökonomische - und gar ökologische - Argumente sind in diesem Zusammenhang geradezu peinlich.

Eine würdevolle Bestattung dieser Opfer ist unser aller moralische, rechtliche und politische Bürgerpflicht. Es ist die vornehmste Aufgabe des Bremer Senats, dieses düstere Kapitel der bremischen Geschichte aufzuarbeiten und in Abstimmung mit dem Friedensforum und der Bürgerinitiative praktische Lösungen für eine würdevolle Nutzung des Areals vorzulegen, als einen Beitrag zu Frieden, Aussöhnung und Völkerverständigung mit der Russischen Föderation und ihren Menschen.

GERHARD SCHÄFER, BREMEN

Das muss empören

Ich nehme an, dass der Leserbriefschreiber nicht in Oslebshausen wohnt und mit der ganzen Luft- und Umweltverschmutzung nichts zu tun hat. Da kann man immer gut reden. Nachdem unser Stadtteil gerade noch von der Biogasanlage verschont worden ist, wird uns jetzt dafür eine Klärschlammverbrennungsanlage, gegen den Willen der Bürger, direkt vor die Haustür gesetzt. Damit nicht genug! Es soll auch noch eine Betriebswerkstatt der DB gebaut werden. Das muss die Bürger hier doch auf die Barrikaden bringen, sehr empören und frustrieren. Welchem Politiker kann man noch vertrauen, wenn nur die Wirtschaft und das Geld eine Rolle spielen. Die drei Parteien reden doch vor den Wahlen immer ganz anders, von Gerechtigkeit, auch für die sogenannten kleinen Leute.

MONIKA GÜNTHER, BREMEN-OSLEBSHAUSEN

Zum Thema „Maskenpflicht“:

In den Restmüll

Bei einem Spaziergang von der Züricher Straße bis zur Mahndorfer Bahnhofstraße und zurück habe ich auf den insgesamt etwa zehn Kilometern mehr als 50 benutzte FFP2-, KN95- oder OP-Masken gesehen. Sie liegen auf den Straßen, Gehwegen, in Hecken, überall. Von richtiger Entsorgung der Masken haben offenbar sehr viele Menschen noch nichts gehört oder gelesen. Das ist einfach nur widerlich. Bremen ist ohne schon sehr vermüllt. Jetzt kommen auch die Drecksmasken dazu, die laut Stadtreinigung in den Restmüll gehören.

HARRY REINHOLD, BREMEN



Das Gelände an der Reitbrake, auf dem früher sowjetische Kriegsgefangene bestattet waren, soll gewerblich genutzt werden. Dagegen gibt es Widerstand.

FOTO: FMA WK-ONLINE

Zum Thema „Masken-Affäre“:

Aus Partei ausschließen

Einfach nur beschämend, diese Politiker. Hier werden in Zeiten, in denen es der Bevölkerung richtig schlecht geht, anstatt zu helfen und für Besserung zu sorgen, fleißig in die eigene Tasche gewirtschaftet und „Provisionen“ bezogen. Dann besitzen diese Politiker auch noch die Frechheit, ihr Bundestagsmandat behalten zu wollen, um vermutlich die Pension noch aufzubessern. Es sollte doch dafür gesorgt werden, dass diese Herren nicht nur aus der Partei ausgeschlossen werden, sondern auch ihr Bundestagsmandat umgehend entzogen wird, die Provisionen zurückzahlen sind und die Pensionsansprüche gestrichen werden. Es kann eine Grundrente gezahlt werden.

Sicherlich sind für die Zukunft Gesetzesänderung erforderlich, um solche Machenschaften zu unterbinden. Volksvertreter mit solch einem Verhalten müssen zur Rechenschaft gezogen werden und am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, die Bevölkerung so zu hintergehen. Deutschland ist auch für Politiker kein Selbstbedienungsladen ohne Kasse. In Bremerhaven wurde der Sozialkassen ein Schaden von über fünf Millionen Euro zugeführt. Der frühere zuständige Sozialdezernent wurde lediglich zu einer Geldstrafe in Höhe von 620 Tagessätzen zu je zwölf Euro verurteilt. Mir fehlen einfach die Worte für solch ein politisches Verhalten.

WOLFGANG REHBEIN, BREMEN

Zu neuer Normalität

Das Corona-Management der Bundesregierung ist ein Surrogat aus unlöslichen Widersprüchen. Das einzige, was erkennbar wird, sind die mafiosen Strukturen, mit denen christdemokratische Bundestagsabgeordnete bei der Maskenbeschaffung ihre Privatschatullen füllen. Erschreckend ist, dass immer noch suggeriert wird, dass das Virus beherrschbar sei. Fakt ist, dass es da ist und dass es tödlich sein kann. Dabei sei an die Krankenhaushauskeime erinnert, an denen jedes Jahr in Deutschland tausende Menschen sterben. Das ist fürchterlich, aber gesellschaftlich akzeptiert.

Im Schatten der Pandemie werfen immer mehr Menschen Schatten depressiver Erkrankungen, weil die Normalität einem Spekulationsmanagement Platz zu machen hat, das unter anderem der Kanzlerkücher einiger Mandatsträger aus CDU/CSU dient. Doch das Virus folgt seiner eigenen Logik. Daran wird kein Lockdown nachhaltig etwas ändern. Das Individuum ist auf Sozialkontakte angewiesen, ohne sie kann es nicht existieren. Es ist an der Zeit, eine Strategie der Öffnung zu praktizieren, unabhängig von Inzidenz-Rechenpielchen. Israel bietet ein Beispiel für ein Hinein in eine neue Normalität. Genesene und Geimpfte sind das Bollwerk, aus dem heraus sich eine Herden-Immunität entwickeln kann, die letztlich in eine neue Normalität mündet, von der noch niemand sagen kann, wie sie aussehen wird.

ALEXANDER VON DER DECKEN, BREMEN

Zum Artikel „Wo der Buntspecht balzt“ vom 6. März:

Kein Vandalismus

Seit Jahren bin ich fast täglich mit dem Fahrrad zu der Beobachtungsstelle am Kuhgrabensee gefahren. Ohne Fernglas konnte ich dort viele Wasservögel beobachten und beim Brüten zusehen. Das ist an der anderen Beobachtungsstelle am Kuhgrabenweg nicht möglich, weil die Vögel sich überwiegend am westlichen Ende des Sees aufhalten. Häufig kam es dort zu spontanen Kontakten mit anderen Vogelfreunden und Fotografen, bis dann im Juni 2019 plötzlich die Stelle gesperrt und ein Teil des gepflasterten Weges entfernt und alles mit Stacheldraht abgesperrt wurde. Mehrmals haben enttäuschte Beobachter den Stacheldraht durchschnitten. Manchmal beobachte ich auch, wie sich Menschen durch den Stacheldraht hindurchzwängen. Ich habe mich damals an das Umweltamt gewandt und bekam die Antwort, dass die Aufrechterhaltung dieser Beobachtungsstelle zu teuer sei.

Es ist richtig, dass immer wieder Müll rund um den Kuhgrabensee entsorgt wurde, es ist aber nicht richtig, dass dies an dieser Stelle gemacht wurde. Ebenfalls konnte ich keinen Vandalismus feststellen. Es kann doch nicht sein, dass die Erneuerung einer Holzwand und das einmal jährliche Beschneiden der Sträucher, die die Sicht wegnehmen, für eine Stadt zu teuer sein soll. Wer trifft solche Entscheidungen?

ANNE REICHEL, BREMEN

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.

Zum Artikel „Ein Pastor auf neuen Pfaden“ vom 3. März:

Genau richtig

Pastor Jonas Goebel macht einen Schritt in die Kirche der Zukunft. Er wirkt motivierend auf die zukünftigen Kirchengänger sprich „die Jugend“. Schon vor 40 Jahren zu meiner Konfirmandenzeit habe ich die Predigten als zu trocken und langweilig empfunden. Der Unterricht war vom Stillsitzen und Strenge geprägt. Man sagt, die Kirche sei ein Ort der Stille. Bei Beerdigungen ist das in Ordnung, doch ansonsten muss die Kirche nicht still sein. Man nehme sich an der Kirche der Afroamerikaner in der Findorffstraße ein Beispiel. Da wird zur Musik in die Hände geklatscht, man bewegt sich. Man sieht, die Kirchengänger haben Freude und Spaß an ihrem Gottesdienst. Eine Predigt sollte für alle ansprechend und interessant sein. Das wäre zeitnah und würde auch mehr Mitmenschen in die Kirche bewegen. Das macht Pastor Goebel genau richtig.

BRITTA SCHARFENBERG, BREMEN

Zum Artikel „Warten auf die Millionen-Wand“ vom 25. Februar:

Aushängeschild Bremens

Werder ist als einziges überregionales Aushängeschild der Stadt übrig geblieben, und die Lage des Stadions mit den umliegenden Kneipen sucht mittlerweile in Deutschland seinesgleichen und ist daher absolut erhaltenswert. Werder ist bei seinen Projekten immer im Gespräch mit den Anwohnern. Deshalb ist es für die Verantwortlichen, aber auch die Fans, ermüdend, wenn jedes Projekt, jede neue Idee pauschal attackiert wird.

In diesem Zusammenhang bleibt festzuhalten, dass das Weserstadion länger existiert, als die meisten Anwohner dort leben. Die Heimspiele und den Trainingsbetrieb sollte man bedenken, wenn man sich für die schöne Lage am Osterdeich entscheidet. Der Kulturbetrieb im Weserstadion mit legendären Konzerten ist bereits zum Erliegen gekommen, unter anderem aufgrund der Auflagen durch die Anwohner. Wer in der Stadt wohnt, möchte doch ein urbanes Lebensgefühl erleben, wozu ein erweitertes Kultur-, Sport- und Freizeitangebot gehört. Dazu zählen am Osterdeich nun mal Werder und das Weserstadion. Wenn das einem persönlich nicht mehr zusagt, sollte man vielleicht mit einem Umzug nach Weyhe liebäugeln. Aber Vorsicht: Vielleicht befindet sich dort bald Werders Nachwuchs-Leistungszentrum.

MARCUS RENNER, SYKE